



Michael Mertes

**Zur Entstehung und Wirkung des Zehn-Punkte-Programms
vom 28. November 1989**

Ein Werkstattbericht

Vortrag im Institut für Politikwissenschaft
der Friedrich-Schiller-Universität Jena

11. Januar 2001

FPJ-Nr. 9/2001

Institut für Politikwissenschaft

D – 07740 Jena Tel.: 03641/945400
Ernst-Abbe-Platz 8 Fax: 03641/945402

FORUM POLITICUM JENENSE

FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA

Michael Mertes

**Zur Entstehung und Wirkung des Zehn-Punkte-Programms
vom 28. November 1989**

Ein Werkstattbericht

Vortrag im Institut für Politikwissenschaft
der Friedrich-Schiller-Universität Jena

11. Januar 2001

FPJ-Nr. 9/2001

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Michael Mertes:

Zur Entstehung und Wirkung des Zehn-Punkte-
Programms vom 28. November 1989. Ein Werkstatt-
bericht. Vortrag im Institut für Politikwissenschaft der
Friedrich-Schiller-Universität Jena, gehalten am
11. Januar 2001

Jena: Universitätsdruckerei, 2001

Forum Politicum Jenense, Beitrag Nr. 9

ISBN 3-9805570-8-1

FORUM POLITICUM JENENSE

Beitrag Nr. 9

Herausgeber:

Institut für Politikwissenschaft,
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Ernst-Abbe-Platz 8

07740 Jena

Tel.: 03641/945400

Fax: 03641/945402

Copyright: 2001 by Institut für Politikwissenschaft, Jena

Bezug über Herausgeber gegen Herstellungskosten + Versand

ISBN 3-9805570-8-1

I.

Die Geschichte der Entstehung und Wirkung von Helmut Kohls Zehn-Punkte-Programm ist unter verschiedenen Aspekten aufschlussreich:

- Sie illustriert, wie politische Planung und politische Rhetorik sich unter günstigen Umständen zu einem machtvollen Instrument politischer Führung verbinden können;
- sie zeigt eine Extremsituation politischen Handelns, in der die Möglichkeit zu wissen und die Notwendigkeit zu agieren weit auseinanderklaffen, kurzum: der Sprung ins Ungewisse gewagt werden muss;
- sie ist ein Beweis für die Vitalität deutschlandpolitischer Konzepte, die zum Teil schon seit Jahrzehnten in der historischen Gerümpelkammer zu verstauben schienen und sich – gleichsam über Nacht – in einer Situation großer Ungewissheit als brauchbarer Kompass erwiesen;
- sie illustriert, wie langfristig-strategische Überlegungen, taktische Erwägungen (vor allem innenpolitischer Natur) und ganz banale „Menscheleien“ (zum Beispiel Eitelkeit und Missgunst) ein unauflösliches Knäuel bilden – und dennoch ein erfreuliches Resultat zeitigen können.

Was den letztgenannten Punkt anbetrifft, so will ich hier in Jena auf ein hübsches Detail hinweisen, das Horst Teltschik in seiner Chronik „329 Tage“ erwähnt und das ich aus eigener Anschauung bestätigen kann: Am Dienstag, dem 6. Februar 1990 kam aus Stuttgart die Nachricht ins Bonner Bundeskanzleramt, der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth werde tags darauf, am Mittwoch, die innerdeutsche Währungsunion fordern mit der Begründung, das Zehn-Punkte-Programm vom 28. November 1989 sei durch die Entwicklung überholt.

Kohl sah das schon seit längerem so und wollte die innerdeutsche Währungsunion selbst vorschlagen, hatte das aber noch nicht publik gemacht. Der Grund dafür war meiner Erinnerung nach, dass er für diesen weitreichenden Schritt in vertraulichen Hintergrundgesprächen ein Maximum an Zustimmung aus Fachkreisen von Politik und Wirtschaft einwerben wollte; außerdem gab es innerhalb der Exekutive noch technische Einzelheiten zu klären. Den Vorschlag wollte der Kanzler dann beim Modrow-Besuch am 13. Februar 1990 auf den Verhandlungstisch legen. Doch es kam anders, denn den Triumph, als erster führender CDU-Politiker mit dem kühnen Projekt einer innerdeutschen Währungsunion an die Öffentlichkeit gegangen zu sein, mochte Kohl seinem innerparteilichen

Erzivalen Späth nicht gönnen. Deshalb entschloss er sich kurzerhand, am Dienstagnachmittag in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion diese Idee zu verkünden.

Über die Entstehung des Zehn-Punkte-Programms ist vieles schon gesagt und geschrieben worden. Dennoch denke ich, dass ich zu dem Thema einige neue, bisher unveröffentlichte Details beitragen kann. Dies gilt besonders für den vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl geleisteten substantiellen „Input“. Es war keineswegs so – wie Patricia Clough in ihrer Kohl-Biografie behauptet –, dass der Kanzler unbesehen und unverändert übernahm, was sein Team ihm aufgeschrieben hatte. Clough bezieht sich auf Horst Teltschik, der in seiner Chronik unter dem 27. November 1989 festhält: „Aus seinen (das heißt: Kohls) heutigen Anmerkungen schließe ich, dass er (am Wochenende) noch mit jemand anderem darüber (das heißt: über den Entwurf) gesprochen haben muss. Doch die Substanz der Rede ist unverändert.“ Je nach dem, wie man „Substanz der Rede“ definiert, ist diese Feststellung richtig oder falsch.

Für meine eigene Darstellung stütze ich mich auf eigene Notizen und Erinnerungen sowie Gespräche mit meinem früheren Kollegen Norbert Prill. Prill, ein außenpolitisch versierter Staats- und Völkerrechtler, leitete im Bundeskanzleramt seinerzeit die Gruppe 52 („Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit; politische Planung; Pressestelle“), der das von mir geleitete Redenschreiberreferat angehörte.¹ Die Gruppe 52 war formal Teil von Eduard Ackermanns Abteilung 5, arbeitete aber – von der Pressestelle abgesehen – dem Bundeskanzler unmittelbar zu.

Damit ist auch der Blickwinkel beschrieben, aus dem ich das Thema betrachte: Es ist die Perspektive der sogenannten Denk- und Schreibstube – von Kohl mit liebevollem Spott gelegentlich auch als „Höhle der Dichter und Denker“ bezeichnet.² Zur „Höhle“ gehörten außer Norbert Prill und mir noch der Diplomat Martin Hanz als Referent und der Politikwissenschaftler Herbert Müller, ein Schüler von Karl Dietrich Bracher, als Honorarvertrags-Mitarbeiter. Hanz war gerade erst, von der Deutschen

1 Im Bundeskanzleramt ist „Gruppe“ die Bezeichnung für organisatorische Einheiten, die in den Bundesministerien „Unterabteilung“ heißen.

2 Nur am Rande sei hier erwähnt, dass unter Gerhard Schröder Denk- und Schreibstube voneinander getrennt worden sind. Die Reden werden heute im Kanzlerbüro entworfen, während die Abteilung 5 sich im Wesentlichen mit strategischen Fragen wie jener nach dem „Dritten Weg“, also der Zukunft einer zur Mitte hin orientierten Sozialdemokratie, befasst – oder auch mit eher philosophischen Themen wie dem Problem der Zivilgesellschaft.

Botschaft Tokyo kommend, zu unserem Team gestoßen und durfte gleich ins reißende Wasser der Geschichte springen.

Das Planungs- und Redenschreiberteam bildete im Hinblick auf die Deutschlandpolitik für den Kanzler eine Art konzeptionelles Gegengewicht zum „Arbeitsstab Deutschlandpolitik“, der in erster Linie dem Chef des Kanzleramtes zuarbeitete und dem Kohl – aus welchen Gründen auch immer – mit einigen Vorbehalten begegnete. Daraus ergab sich ein gewisses Spannungsverhältnis, das vor allem bei der Vorbereitung der vom Kanzler jährlich vor dem Deutschen Bundestag abzugebenden Berichte „zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“ zu spüren war. Kohl legte Wert darauf, dass „seine“ Denk- und Schreibstube den deutschlandpolitischen Duktus dieser Reden bestimmte. Infolgedessen beschränkten sich die Beiträge des Arbeitsstabes Deutschlandpolitik weitgehend auf „DDR-politische“ Redeelemente, vor allem auf die Bilanz der innerdeutschen Fortschritte bei den „menschlichen Erleichterungen“.

Das Innenleben von Behörden ist immer auch geprägt von einem komplexen Geflecht aus Rivalitäten und Eifersüchteleien. Das war im Bundeskanzleramt nicht anders – vielleicht sogar, wegen der besonderen Nähe zur Macht, ausgeprägter als anderswo. Wie auch immer – Horst Teltschik, der damalige Leiter der außenpolitischen Abteilung (formal auch zuständig für den Arbeitsstab Deutschlandpolitik, der in der Sache freilich dem Kanzleramtschef direkt unterstand), war für die Denk- und Schreibstube ein Glücksfall.

Teltschik hatte in den siebziger Jahren für Helmut Kohl selbst zahllose Reden geschrieben, kannte Lust und Frust dieses Metiers und behandelte uns jüngere Kollegen ausgesprochen kameradschaftlich. Oft ergriff er für uns Partei, wenn seine eigenen Mitarbeiter sich dagegen sträubten, dass wir „Generalisten“ zu tief in ihre säuberlich umzäunten Reviere eindringen. Übrigens geschahen diese Grenzübertretungen jeweils auf ausdrücklichen Wunsch des Kanzlers, der den diplomatischen Jargon als zu glatt und oft zu technisch empfand und um „Übersetzung in verständliches Deutsch“ bat.

Jene aufregenden Tage im Herbst 1989 waren für das Planungs- und Redenschreiberteam eine anstrengende, aber auch besonders schöne Zeit, denn fast jede Ansprache des Kanzlers war damals ein Instrument politischer Führung mit nachprüfbarer Wirkung in der Außenwelt. Das ist natürlich der Traum eines jeden Redenschreibers, der sich im Alltag mit

Grußworten zu mehr oder weniger wichtigen Jubiläen abmüht – um die Arbeit der Schreibstube ein bisschen zu karikieren.

Der Entwurf des Zehn-Punkte-Programms, den Kanzler Kohl am Wochenende des 25./26. November 1989 daheim in Ludwigshafen sorgfältig überarbeitete, befand sich lange Zeit in meiner Handakte. Es entspricht den Usancen, dass Vorstufen zu Redemanuskripten nicht in die Registratur gegeben werden. Damit Sie jetzt nicht den Eindruck gewinnen, es handle sich um eine jener Unterlagen, nach denen Burkhard Hirsch vergeblich gefahndet hat, beeile ich mich hinzuzufügen, dass ich das Dokument mittlerweile dem Deutschen Historischen Museum in Berlin zur Verfügung gestellt habe – erst für die Jubiläumsausstellung „Einigkeit und Recht und Freiheit. Wege der Deutschen 1949 – 1999“ und inzwischen auch auf Dauer mit der Auflage, dass die wissenschaftliche Forschung Zugang zu diesem Dokument erhält.

II.

Bevor ich zu den Einzelheiten komme, darf ich noch kurz an den innenpolitischen Kontext erinnern, in dem das Zehn-Punkte-Programm zu sehen ist.

Nach dem Fall der Mauer herrschte – so ist es jedenfalls mir in Erinnerung – im Bonner Bundeskanzleramt eine Stimmung, die sich aus freudiger Erregung und einem Gefühl tiefer Unsicherheit im Blick auf den weiteren Gang der Dinge zusammensetzte. Am 17. November hatte der neue DDR-Ministerpräsident Hans Modrow in seiner Regierungserklärung eine „Vertragsgemeinschaft“ zwischen Bundesrepublik und DDR vorgeschlagen, die „weit über den Grundlagenvertrag und die bislang geschlossenen Verträge und Abkommen zwischen beiden Staaten“ hinausgehen sollte. Zwar konnte sich niemand etwas Genaueres darunter vorstellen, aber gerade das war – ob so intendiert oder nicht – die Stärke des Modrow-Vorschlags. Er beschäftigte die Phantasie der Öffentlichkeit und ließ die Regierung Kohl ideenlos und tatenarm aussehen. Im Kanzleramt waren wir dafür besonders sensibel, weil wir bereits die Bundestagswahl Ende 1990 / Anfang 1991 im Auge hatten.

Oskar Lafontaine, der eloquente Ministerpräsident von der Saar, war auf dem besten Weg, SPD-Kanzlerkandidat zu werden. Er verkörperte in vieler Hinsicht das Lebensgefühl der alten Bundesrepublik in ihrem

toskanischen Herbst, als die Mehrheit der arbeitsplatzbesitzenden Wähler den Schutz der Umwelt für weitaus wichtiger hielt als die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Aber er bediente nicht nur „linke“ Erwartungen. Mit sicherem populistischem Gespür traf er auch einen „rechten“ Nerv, indem er immer lauter vor einer Ausplünderung bundesrepublikanischer Sozialversicherungskassen durch Aussiedler warnte und damit wachsende Zustimmung auch bei den für rechtsradikale Parteien anfälligen Wählern erntete. Ich erinnere nur an Lafontaines Forderung, man dürfe diesen Zuwanderern „nicht den Zugriff auf die sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik einräumen“.³

Der Appell an den westdeutschen Wohlstandschauvinismus ließ sich innerhalb kürzester Zeit auf die DDR-Übersiedler ausdehnen. Und so geschah es dann ja auch: Während in der Bundesrepublik die Sympathien für Neuankömmlinge aus der DDR zwischen September 1989 und Januar 1990 von 59 auf 42 Prozent spürbar fielen, sammelte Lafontaine mit seiner Anti-Übersiedler-Kampagne Punkte für den überwältigenden SPD-Sieg bei der saarländischen Landtagswahl am 28. Januar 1990.

Mit der Regierungsumbildung Ende April 1989 und der Ablösung Heiner Geißlers als CDU-Generalsekretär Anfang September hatte Kohl die bislang schwerste Krise seiner Amtszeit erfolgreich abgewehrt und seine Macht fürs erste wieder gesichert. Doch den Umfragen zufolge hatte die Koalition nach wie vor keine Mehrheit bei den Wählern.

Durch den Eintritt von Theo Waigel in die Bundesregierung, den Wechsel des vorherigen CSU-Vormanns Friedrich Zimmermann vom mächtigen Innen- in das finanzstarke Verkehrsministerium und die Umsetzung von Bundesminister Hans („Johnny“) Klein aus dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit an die Spitze des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung war die CSU stärker als je zuvor in die Kabinettsdisziplin eingebunden.

Neuer Chef des Bundeskanzleramtes war Rudolf Seiters geworden, sein Vorgänger Wolfgang Schäuble (seit 1984 Amtschef in der Regierungszentrale) hatte die Leitung des Innenministeriums übernommen. Zwar änderte sich nichts an der Zuständigkeit des Kanzleramtschefs für die operative Deutschlandpolitik – aber der schiere Erfahrungsvorsprung von Kohl gegenüber Seiters verschob die internen Gewichte der deutschland-

³ Vgl. „Die Welt“ vom 27. November 1989.

politischen Kompetenz in Richtung Kanzler. Kohl hatte in seiner Regierungserklärung vom 27. April, mit der er das Arbeitsprogramm des neuen Kabinetts vorstellte, die von den meisten Zuhörern gar nicht registrierte, für altbundesrepublikanische Verhältnisse damals noch sehr kühne Losung ausgegeben: „Das Zerbröckeln jahrzehntelanger Verkrustungen in Europa schafft neue Hoffnung für die Einheit unseres Vaterlandes.“

Sorgen bereitete die FDP. Legitimerweise versuchten ihre führenden Repräsentanten, die neue Lage zur Schärfung des eigenen Profils zu nutzen. Freundliche Signale Hans-Dietrich Genschers an Lafontaines Adresse verstärkten das Misstrauen auf Unionsseite bezüglich der Absichten des liberalen Koalitionspartners für die nächste Legislaturperiode. Der Verdacht lag nahe, dass die FDP an der strategischen Option für einen Partnerwechsel bastelte – gemäß ihrem alten (auch heute noch gültigen) Prinzip, sich auf die Seite der voraussichtlich stärkeren Bataillone zu schlagen.

Donnerstag, 23. November 1989

Am Donnerstag, dem 23. November wurden Norbert Prill und ich von Kohl gebeten, abends in den Kanzlerbungalow zu kommen. Es sollte dort eine Besprechung stattfinden zu der Frage, „wie wir unsere Öffentlichkeitsarbeit verbessern können“. Dieser Agenda entsprechend war die Runde zusammengesetzt:

- Das Bundespresseamt war vertreten durch seinen Chef Johnny Klein, der zugleich die Beteiligung der CSU verkörperte und so deren „Einbindung“ sicherstellte, und den Abteilungsleiter Inland, Wolfgang Bergsdorf (heute Rektor der Universität Erfurt). Außerdem hatte Kohl Wolfgang Gibowski von der Forschungsgruppe Wahlen als Berater hinzugebeten.
- Aus dem Bundeskanzleramt nahmen an der Diskussion teil dessen Chef Rudolf Seiters, der damalige Abteilungsleiter Eduard Ackermann (der zugleich geballte Kompetenz in Sachen Öffentlichkeitsarbeit verkörperte), Horst Teltschik, Baldur Wagner (Leiter der für Sozialpolitik zuständigen Abteilung 3), Stephan Eisel (stellvertretender Leiter des Kanzlerbüros, davor lange Zeit Mitarbeiter in der Schreibstube) und, wie gesagt, Norbert Prill und ich.

Große Dinge entwickeln sich aus unscheinbaren Anfängen. So war es auch am 23. November. Im Bungalow herrschte, so ist es mir in Erinnerung geblieben, zunächst eine Atmosphäre des Missmuts und der Ratlosigkeit. Kohl war unzufrieden mit dem, was die Vertreter des Presseamtes ihm vortrugen. Die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung bewege sich auf Kreisklassen-Niveau, klagte er; so könne man gegen eine Bundesligamannschaft nicht gewinnen. Das war einerseits richtig, andererseits aber auch nicht ganz gerecht, denn Meinungsführerschaft lässt sich mit Broschüren und Zeitungsanzeigen – also den klassischen Instrumenten der Regierungs-PR – nun einmal nicht gewinnen.

Die Stimmung belebte sich, als Teltschik vorschlug, der Kanzler solle seine Rede in der Haushaltsdebatte am Dienstag, dem 28. November dazu nutzen, ein weithin sichtbares Signal zu setzen. Indem er bei dieser guten Gelegenheit Modrows Vorschlag einer „Vertragsgemeinschaft“ aufgreife und zugleich überbiete, könne er die deutschlandpolitische Meinungsführerschaft wiedererlangen. Während der für die operative Deutschlandpolitik zuständige Kanzleramtsminister Seiters sich zurückhielt, befürworteten Prill, Eisel und ich diese Idee nachdrücklich.

Dann wurden wir Zeugen eines kurzen Zwiegesprächs zwischen Kohl und Teltschik. Zwei Tage zuvor hatte Teltschik sich mit Nikolaj Portugalow (Konsultant der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU und deutschlandpolitischer Berater Michail Gorbatschows) in Bonn unterhalten. Portugalow hatte unter anderem gesagt, für ihn sei vorstellbar, dass die Sowjetunion einer Konföderation von Bundesrepublik und DDR auf mittlere Frist zustimmen könne. Offenbar war dieses Thema schon vor der Runde im Bungalow Gegenstand einer Diskussion zwischen dem Kanzler und seinem außenpolitischen Berater gewesen.

Kohl äußerte Skepsis, ob es klug sei, in der Rede am 28. November die Idee eines deutschen Staatenbundes aufzugreifen:

- Eine Konföderation bedeute, erstens, im Kern, dass die Zweistaatlichkeit fortbestehe. Er erinnerte daran, dass Walter Ulbricht einen solchen Vorschlag schon Mitte der fünfziger Jahre gemacht habe.⁴

4 Von der SED war dieser Plan bis Mitte der sechziger Jahre vertreten worden.

- Es müsse, zweitens, deutlich werden, dass eine Konföderation nur zwischen zwei Ländern mit vergleichbarer Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung möglich sei.
- Schließlich betonte Kohl: Wenn er den Konföderationsgedanken überhaupt aufgreife, dann dürfe kein Zweifel daran aufkommen, dass es nur um einen Zwischenschritt auf dem Weg zur Wiedervereinigung gehe.

Prill schlug vor, der Kanzler könne doch von „konföderativen Strukturen“ sprechen, um jede falsche Assoziation zu vermeiden und die Offenheit des staatsrechtlichen Prozesses zu verdeutlichen. Kohl sagte weder ja noch nein, meinte dann aber, dies sollten Prill und ich mit Teltshik tags darauf diskutieren – er werde sich unseren Vorschlag dann noch einmal in Ruhe überlegen.

Damit war das Herzstück des Zehn-Punkte-Programms in der Welt, der in den Punkten 4, 5 und 10 formulierte Dreischritt von der „Vertragsgemeinschaft“ über die „konföderativen Strukturen“ zur „Föderation“, also zur bundesstaatlichen Einheit.

Ich fragte Kohl, was er von der Idee halte, als weiteren Zwischenschritt auf dem Weg zur deutschen Einheit auch noch die EG-Mitgliedschaft der DDR in Betracht zu ziehen. Norbert Prill und ich hatten im Juli 1989 diese Überlegung in einem von Kohl beifällig aufgenommenen Artikel für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ entwickelt. Dort hatten wir ein Modell „konzentrischer Kreise“ für die europäische Integration vorgeschlagen, mit einer Kernföderation als Gravitationszentrum und einem assoziierten äußeren Kreis ostmitteleuropäischer Reformstaaten. Der Kanzler lehnte jetzt, vier Monate danach, einen solchen Gedanken rundweg ab. Sein Argument: Einige EG-Mitgliedstaaten sähen dies sicher nur allzu gern – in der Hoffnung, dass damit (die inzwischen als reale Möglichkeit sich abzeichnende) Wiedervereinigung sich erübrige. Allerdings stimmte er einem anderen Gedanken zu, der in unserem FAZ-Beitrag ebenfalls enthalten war – dass nämlich die EG auf Dauer bereit sein müsse, neue Mitglieder aus dem Kreis der ostmitteleuropäischen Reformstaaten aufzunehmen.

Freitag, 24. und Samstag, 25. November 1989

Den nächsten und übernächsten Morgen kamen wir unter Vorsitz von Teltschik in der so genannten „Kleinen Lage“, dem Besprechungsraum des Kanzleramtschefs, zusammen. Unsere Beratungen und Arbeiten dauerten am Freitag von 10.30 bis 19.00 Uhr und am Samstag von 9.00 bis 15.00 Uhr. Der Freitag war im wesentlichen dem Brainstorming, der Samstag dem Ändern und Abgleichen der zum Teil über Nacht formulierten Einzelbeiträge gewidmet. Diese Einzelbeiträge stammten je zur Hälfte aus Teltschiks Abteilung 2 und Prills Gruppe 52.

Aus Teltschiks Abteilung nahmen die „Außenpolitiker“ Peter Hartmann (Teltschiks Stellvertreter) und Uwe Kaestner (nicht Samstag) sowie die „Deutschlandpolitiker“ Claus-Jürgen Duisberg und Rüdiger Kass teil. Die Denk- und Schreibstube war durch Norbert Prill und mich vertreten. Außerdem wurde Martin Hanz laufend hinzugezogen (am Samstag während der ganzen Sitzung), um Recherchen durchzuführen oder zu veranlassen und um die verschiedenen Textbausteine gemeinsam mit Herbert Müller zusammenzufügen. Für die abschließende Redaktion des Entwurfs am Samstag war das Redenschreiber-Referat verantwortlich.

Gleich zu Beginn legte Teltschik dar, wie er sich die Struktur der Rede vorstellte:

- Am Anfang sollte Kohl die Entwicklungen darstellen, die zur gegenwärtigen Lage geführt hätten, und dabei auch den aktiven Beitrag seiner Regierung herausstreichen. Dieser gesamte Prozess führe dazu, „dass (jetzt) über (den) Status quo hinausgedacht wird“ und eine europäische Friedensordnung möglich erscheine, in der die „Interessen aller, einschließlich unserer eigenen, gewahrt“ würden. In diesem Zusammenhang müsse der Kanzler – unter Zitierung der einschlägigen Passage aus dem Harmel-Bericht von 1967 – hervorheben, dass die Mitgliedstaaten der NATO sich in der Vergangenheit immer wieder mit eindeutigen Worten zur deutschen Einheit in Freiheit bekannt hätten.⁵

⁵ Gemeint war Ziffer 8 des als „Harmel-Bericht“ berühmt gewordenen Anhangs zum Schlusskommuniqué der NATO-Ministertagung vom 13. bis 14. Dezember 1967 in Brüssel – eine der wichtigsten deutschlandpolitischen Berufungsgrundlagen der Bundesrepublik gegenüber ihren NATO-Verbündeten.

- Den Hauptteil der Rede sollte ein aus mehreren Punkten bestehendes Programm bilden. In einer intensiven Diskussion trugen wir solche Punkte zusammen. Es ergab sich zunächst eine „krumme“ Zahl, die uns nicht griffig vorkam. Eine „magische“ Zahl musste her – und so kamen wir schließlich auf die Zehn. Zehn Punkte – wer dachte da nicht an die Zehn Gebote? Das Ganze hatte jedenfalls einen erhabenen Klang. Es wirkte nicht zufällig, sondern erweckte den Eindruck eherner Notwendigkeit.

Zum harten Ringen mit dem Arbeitsstab Deutschlandpolitik wurden unsere Beratungen, als es an das Herzstück des Programms ging, den Dreischritt von der „Vertragsgemeinschaft“ über die „konföderativen Strukturen“ zur deutschen Einheit. Duisberg sprach sich massiv gegen die öffentliche Äußerung solcher Überlegungen aus, während Teltschik, Prill und ich darauf beharrten, dass wir dem Bundeskanzler auf jeden Fall einen solchen Vorschlag unterbreiten müssten. Kohl habe in dieser Sache ohnehin das letzte Wort.

Gleich zu Beginn des Brainstorming hatte Teltschik hervorgehoben, dass wir versuchen müssten, die Idee „konföderativer Strukturen“ unter Ausklammerung der außen- und sicherheitspolitischen Dimension zu formulieren – das war aber die einzige Einschränkung.

Prill wiederholte seine Anregung vom Vorabend, statt „Konföderation“ den Begriff „konföderative Strukturen“ zu verwenden. Außerdem schlug er vor zu präzisieren, was damit gemeint sein könnte, nämlich

- ein gemeinsamer Regierungsausschuss zur ständigen Konsultation und politischen Abstimmung,
- gemeinsame Fachausschüsse und
- ein gemeinsames parlamentarisches Gremium.

Solche Institutionen, argumentierte er, seien in der Vergangenheit auch Zwischenstufen zur Schaffung einer Föderation gewesen.

Als wir uns am Samstag wieder trafen, fehlte jedoch im Textbaustein des Arbeitsstabes Deutschlandpolitik diese Präzisierung. Teltschik, Prill und ich traten entschieden dafür ein, dass sie in den Entwurf aufgenommen werden solle. Schließlich beendete Teltschik die Debatte mit einer Abstimmung. „Es steht 5:2 gegen Sie, Herr Duisberg!“, konstatierte er zum Abschluss dieses zentralen Tagesordnungspunkts.

Am Nachmittag stellten Martin Hanz und ich eine Reinschrift des Gesamttextes her und ließen sie durch einen Sonderboten nach Ludwigshafen zum Kanzler bringen.

Montag, 27. November 1989

Am Montag früh erhielt ich den Entwurf zurück mit dem Auftrag, die von Kohl gewünschten Änderungen umzusetzen. Der Kanzler hatte sich am Wochenende außergewöhnlich intensiv mit dem Text befasst und zentrale Passagen neu schreiben lassen. Frau Kohl hatte diese drei Austauschblätter auf ihrer Reiseschreibmaschine getippt.⁶ Kohls Änderungen rührten zwar nicht an den Duktus unseres Entwurfs, aber sie erhöhten die Durchschlagskraft der Rede beträchtlich. Drei wesentliche Elemente möchte ich hier besonders herausstreichen:

Erstens: Im Punkt 5 waren bislang nur „konföderative Strukturen“ enthalten. Die deutsche Einheit kam, gewissermaßen als krönender Abschluss, erst in Punkt 10 vor. Kohl wollte sie jedoch schon im Punkt 5 thematisieren, und zwar unter dem zusätzlichen Stichwort „föderative Strukturen“. Ich vermute, dass nicht zuletzt sein tiefes Unbehagen im Blick auf den Konföderationsgedanken ihn dazu veranlasst hat: Es sollte nicht der geringste Zweifel daran aufkommen, dass nach seiner Überzeugung die „konföderativen Strukturen“ nur ein Durchgangsstadium sein durften.

Zweitens: Kohl führte die Begriffe „wiedervereinigt“ (in Punkt 5) und „Wiedervereinigung“ (in Punkt 10) ein. Was aus heutiger Sicht ein unbeachtliches Detail zu sein scheint, war damals – psychologisch gesehen – ein großer Sprung nach vorn. So empfand ich es jedenfalls angesichts meiner Erfahrungen als Leiter des Redenschreiberreferats. In seiner deutschlandpolitischen Rhetorik hatte es der Kanzler bislang vorgezogen, von „Einheit der Nation“, von der „gemeinsamen Freiheit aller Deutschen“ oder vom „Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen“ zu sprechen. Diese Begriffe brachten sein deutschlandpolitisches Fernziel hinreichend klar zum Ausdruck. Zugleich ließen sie der Phantasie genügend Spielraum, sich verschiedene Varianten deutscher Einheit in Freiheit vorzustellen –

6 Später erfuhr ich, dass der Kanzler sich telefonisch mit zwei kompetenten Parteifreunden beraten hatte. Dazu scheinen ihn vor allem Zweifel an der politischen Opportunität und der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit des Zwischenschritts „konföderative Strukturen“ getrieben zu haben. Der hessische Ministerpräsident Walter Wallmann begrüßte diese Idee ohne Vorbehalte; der Staatsrechtler Rupert Scholz äußerte „keine schwerwiegenden Bedenken“.

bis hinunter zum Minimum einer sogenannten „Österreich-Lösung“ für die DDR.

Ausgerechnet jetzt nahm Kohl die in den fünfziger und sechziger Jahren gängige, seit der sozialliberalen Ostpolitik zunehmend verpönte Vokabel „Wiedervereinigung“ in den Mund. Damit unterstrich er auf unzweideutige Weise, dass er das deutschlandpolitische Maximum, die staatliche Einheit Deutschlands, anvisierte. Am Montagnachmittag setzte er dann, wenn ich es einmal salopp so sagen darf, noch einen drauf. Er rief mich in sein Büro. Dort saß der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht, dem er gerade das Redemanuskript zeigte. Albrecht meinte, Kohl solle hinter das Wort „Wiedervereinigung“ doch einen erläuternden Zusatz stellen, damit restlos klar sei, dass er „die Wiedergewinnung der *staatlichen* Einheit Deutschlands“ anstrebe. Der Kanzler machte sich diesen Vorschlag gern zu eigen.

Drittens: Für Punkt 7 wünschte Kohl eine wesentlich stärkere Betonung der Idee, dass die Europäische Gemeinschaft sich für junge Demokratien Mittel- und Osteuropas „offenhalten“ müsse – übrigens auch für eine demokratische DDR.⁷ Die EG dürfe nicht an der Elbe enden. Durch diese Zusätze verschob sich die Balance zwischen den Punkten 7 (EG) und 8 (KSZE) massiv in Richtung Punkt 7. Der deutsche Bundeskanzler wies der Europäischen Gemeinschaft die Aufgabe zu, „Grundlage einer wirklich umfassenden europäischen Einigung zu werden“ und die „Identität aller Europäer“ zu wahren, zu behaupten und zu entwickeln.

Nach meiner Kenntnis war Kohl mit diesen von ihm selbst zu Papier gebrachten Formulierungen der erste im Kreis der europäischen Staats- und Regierungschefs, der eine Osterweiterung der EG ernsthaft in den Blick nahm – und das zu einem Zeitpunkt, als es im Bereich des Warschauer Pakts nur in Polen einen nichtkommunistischen Regierungschef gab.⁸

7 Noch am Abend des 23. November hatte er das – wie schon erwähnt – abgelehnt. Dass ihm dieser Gedanke nach wie vor nicht behagte, zeigte sich daran, dass er ihn aus dem Redemanuskript durch eigenhändige Streichung zu guter Letzt wieder herausnahm.

8 Hier zeigte sich übrigens auch, dass handfeste, im Westen verankerte EG-Politik seinen Neigungen mehr entsprach als verschwommene, Ost und West überwölbende KSZE-Politik; letztere galt als besonderes Hobby von Außenminister Genscher, den Kohl freilich gerne gewähren ließ, denn – so wird er wohl gedacht haben – schaden konnte es ja nichts. Zugleich machte Kohl deutlich, dass auch er „gesamteuropäisch“ dachte – nur setzte er dabei mehr auf das Brüsseler Pferd.

Ein interessantes Detail ist die Tatsache, dass Kohl die im Entwurf nur angedeutete Problematik „übergreifender Sicherheitsstrukturen“ handschriftlich um den Hinweis ergänzte, dass zu den besonders schwierigen Fragen „auch der Wille der Deutschen zur Einheit der Nation, d.h. der Wille zur Wiedervereinigung Deutschlands“ gehöre. Die räumliche Verknüpfung des Sicherheitsthemas mit dem Wiedervereinigungsthema entsprach – sicher unbewusst, aber möglicherweise nicht zufällig – der These des Harmel-Berichts, dass die Deutschlandfrage „den Kern der gegenwärtigen Spannungen in Europa“ bilde. Damit wurde implizit das seit den siebziger Jahren als unumstößlich geltende entspannungspolitische Dogma auf den Kopf gestellt, wonach nicht jene den Frieden gefährdeten, die für die Teilung Deutschlands verantwortlich waren, sondern jene, die für das Ende der Teilung eintraten. Nach einigem Überlegen entschlossen wir uns dennoch, Kohls Ergänzung an den Beginn von Punkt 10 zu stellen, weil sie sein politisches Ziel so kristallklar formulierte, wie es überhaupt möglich war.

III.

Auch über die Wirkung des Zehn-Punkte-Programms ist schon so viel veröffentlicht worden, dass ich mich bei diesem Thema mit einigen Anmerkungen aus der Perspektive eines Mitwirkenden begnügen möchte.

Da ist, *erstens*, die Frage, weshalb wir (Helmut Kohl selbst und seine Berater) damals so großen Wert darauf legten, dieses Dokument als „Programm“ zu bezeichnen – und nicht als „Plan“, wie es fälschlicherweise immer wieder genannt wurde und wird.

- Ein Plan enthält zeitliche Festlegungen, die in einer unübersichtlichen Situation von heute auf morgen Makulatur werden können. Ein Programm hingegen begnügt sich mit der Definition des Ziels, der Schritte dorthin sowie der Prinzipien, die auf diesem Weg zu beachten sind. Der entscheidende Vorteil eines „Programms“ lag nach unserer Einschätzung also in der größeren Flexibilität.
- Zudem wollten wir Assoziationen mit früheren Deutschlandplänen vermeiden. Kohl hatte Forderungen nach einer „aktiven Wiedervereinigungspolitik“ stets zurückgewiesen mit der Begründung, das Ziel der deutschen Einheit lasse sich nicht unmittelbar durch Verwirklichung eines Meisterplans erreichen; vielmehr komme es darauf an, Rahmen-

bedingungen zu fördern, unter denen sich die Chance zur deutschen Einheit mittelbar ergebe. So hatte er 1987/88 Überlegungen des CDU-Bundestagsabgeordneten Bernhard Friedmann, dem Kreml ein „Ja“ zur Wiedervereinigung durch abrüstungspolitische Konzessionen des Westens auf direktem Wege abzuhandeln, als „blühenden Unsinn“ verworfen.⁹

Noch im Herbst 1989 lehnte Kohl es ab, einen Meisterplan aus der Tasche zu zaubern. Die Entscheidung für ein „Programm“ und gegen einen „Plan“ erwies sich als richtig. Kohl selbst hat in vielen Interviews seit 1990 immer wieder erklärt, er habe Ende November 1989 geglaubt, die deutsche Einheit werde frühestens nach Vollendung des europäischen Binnenmarktes, also nach dem 31. Dezember 1992 kommen. Die Ereignisse überstürzten sich jedoch in einem solchen Tempo, dass jedes zeitliche Korsett entweder sofort auf dem Müll gelandet wäre oder die Handlungsfreiheit der Regierung Kohl in unerträglichem Maße eingeschränkt hätte.

Um es in einem Bild zu sagen: Mit dem Zehn-Punkte-Programm steuerte Kohl das Schiff aus dem sicheren Hafen auf stürmische See. Er hatte das Ziel vor Augen und einen gut funktionierenden Kompass in der Hand, aber keiner von uns wusste genau, welche Eisberge auf der Strecke warteten und ob wir manövrierfähig genug sein würden, sie ohne Schaden zu umfahren. Nur zwei Beispiele:

- Für Kohl stand von Anfang an außer Frage, dass ein vereintes Deutschland Mitglied der NATO sein müsse. Aber im November 1989 sprach nichts als Hoffnung für die Annahme, dass es der Bundesregierung mit amerikanischer Hilfe gelingen werde, der Sowjetunion eine solche Konzession abzurufen. Wir mussten und wollten das Thema zwar ansprechen – aber so, dass weder der Kreml unnötig provoziert wurde, noch unsere Verbündeten den Eindruck gewinnen konnten, wir wollten die NATO auf dem Altar der Wiedervereinigung opfern und durch die KSZE ersetzen. So einigten wir uns für Punkt 10 auf die vage Formel „übergreifende Sicherheitsstrukturen in Europa“.

⁹ Als Inspirator – möglicherweise sogar Ghostwriter – von Friedmanns Thesen galt in Bonns „gut unterrichteten Kreisen“ der FAZ-Redakteur Karl Feldmeyer. Ein starkes Indiz für die Richtigkeit dieser Überlieferung ist die Tatsache, dass Feldmeyer Kohl das Wort vom „blühenden Unsinn“ nie verziehen hat, wie sich noch Jahre später anhand von Kommentaren aus seiner Feder nachweisen lässt.

- Wir waren bereits am 23. November 1989 fest davon überzeugt, dass die Mehrheit der Ostdeutschen mehr wollte als eine demokratisch erneuerte DDR – nämlich die Einheit. Aber solange es keinen förmlichen Akt der Selbstbestimmung gegeben hatte – wie er dann mit der Volkskammerwahl am 18. März 1990 vollzogen wurde –, musste Kohl dieses Thema im Konditional ansprechen. So heißt es im Vorspann zu den Zehn Punkten: „Wir werden ... jede Entscheidung, die die Menschen in der DDR in freier Selbstbestimmung treffen, selbstverständlich respektieren.“ Das war insofern ein ungewöhnlicher Akt, als damit der DDR-Bevölkerung – das heißt einem bloßen Teil des „deutschen Volkes“, wie es das Grundgesetz bis 1990 definierte – ein eigenes Selbstbestimmungs- und damit Sezessionsrecht zuerkannt wurde.

Zweitens: Kohls Rede erhielt den amtlichen Titel „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“, weil darin deren Kernbotschaft an das Publikum im In- und Ausland zusammengefasst war: Für den Kanzler stellten „Deutschland- und Europapolitik zwei Seiten derselben Medaille“ dar.

Adressaten im Ausland waren all jene, die am Horizont bereits ein „Viertes Reich“ heraufdämmern sahen. Im Inland waren es besonders Kohls nationalkonservative Kritiker, die dem Kanzler seit 1987 mit zunehmender Intensität vorgeworfen hatten, es gebe einen wachsenden Widerspruch zwischen den Zielen deutscher Wiedervereinigung und europäischer Einigung.¹⁰ Gemeint waren aber auch die mit den Nationalkonservativen vielfach übereinstimmenden Nationalneutralisten auf der linken Seite des politischen Spektrums, die Adenauers Politik der Westintegration immer noch für eine wesentliche Ursache der fortbestehenden deutschen Teilung hielten.

Drittens: Trotz der vielen Fragezeichen wirkte das Programm auf die meisten Zuhörer wie ein dickes Ausrufungszeichen. Natürlich waren die Zehn Punkte erst einmal Darstellungspolitik – denken wir nur an ihre Ursprünge in Überlegungen zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit. Aber wir begegnen hier dem ganz seltenen Fall, dass Darstellungspolitik und

¹⁰ Wie stark – in Zahlen ausgedrückt – die „Nationalkonservativen“ von der so genannten „Stahlhelm-Fraktion“ innerhalb der Unionsparteien tatsächlich waren, lasse ich einmal dahinstehen. Möglicherweise handelte es sich im Wesentlichen um ein Medienphänomen – aber auch solche virtuelle Realitäten darf ein Politiker nicht ignorieren.

Entscheidungspolitik sich nicht bloß überschneiden, sondern vollkommen kongruent sind. Das Wort war zugleich die Tat. Das Stakkato der Zehn Punkte signalisierte Entschlossenheit, die klare Struktur des Textes überspielte die vielen nicht vermeidbaren Unklarheiten in der Substanz. Und vor allem: Kohl hatte die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands so unzweideutig als sein politisches Ziel definiert, dass niemand seine Worte als Lippenbekenntnis missverstehen konnte.

Dies ist meiner Überzeugung nach der Schlüssel zum Verständnis der enormen Wirkung des Programms – und, damit zusammenhängend, der heftigen Reaktion eines Großteils unserer Verbündeten. Für die meisten – wie auch für einen beträchtlichen Teil der politischen Klasse in der Bundesrepublik – war die deutsche Frage schon längst nicht mehr offen, und jetzt kam der Bundeskanzler und öffnete ein vermeintlich abgeschlossenes Kapitel wieder. Erinnert sei hier nur an Egon Bahrs berühmte Warnung Anfang Oktober 1989: „Lasst uns um alles in der Welt aufhören, von der Einheit zu träumen oder zu schwätzen.“

Wir hatten während unserer Beratungen am 24. und 25. November nicht mehr die Frage erörtert, ob Kohl nicht doch die drei Westmächte informieren solle. Dahinter steckte nicht nur die taktische Überlegung, dass durch ein Zerreden von Kohls Initiative der beabsichtigte Paukenschlag-Effekt und damit die angestrebte politische Wirkung zunichte gemacht würde. Ebenso spielte eine Rolle, dass das Zehn-Punkte-Programm voll auf dem Boden von Artikel 7 des „Deutschlandvertrages“ zwischen der Bundesrepublik und den drei Westmächten stand.¹¹ Auch die vielen NATO-Erklärungen zum Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes – nicht zuletzt der von Kohl zitierte Harmel-Bericht – legitimierten unsere Unbefangenheit. Aber das vermeintlich Selbstverständliche verstand sich eben nicht mehr von selbst, und es erwies sich als eine zu optimistische Annahme, dass der Hinweis auf alte Bekenntnisse genüge, um alle Einreden verstummen zu lassen.

Teltschik hatte am Ende des Brainstormings vom 24. November 1989 die Losung ausgegeben, das Zehn-Punkte-Programm stehe voll „in der Kontinuität Konrad Adenauers“, es sei Teil einer „organische(n) Ent-

11 Zur Erinnerung: Absatz 2 dieses Artikel 7 besagte: „Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.“

wicklung", „stört nicht den Frieden“, „berücksichtigt (die) Sicherheitsinteressen aller“. Er mag die mögliche Schockwirkung der Rede unterschätzt haben – aber in der Sache hatte er völlig recht. Im übrigen waren diese Beschwörungsformeln auch ein Stück notwendiger Autosuggestion – ein kräftigendes Mittel zur Bekämpfung aufkeimender Angst vor der eigenen Courage.

Viertens: Schon nach kurzer Zeit wurde eine Lücke im Zehn-Punkte-Programm sichtbar, deren wir uns von Anfang an bewusst waren: Es fehlte ein Wort zur polnischen Westgrenze. Kohl hatte nie einen Zweifel daran gelassen, dass ein gesamtdeutscher Souverän die Oder-Neiße-Grenze anerkennen werde, aber wollte – mit Rücksicht auf die einschlägigen Urteile des Bundesverfassungsgerichts sowie die Gefühle der betroffenen Wählergruppen – dieser Entscheidung nicht als Regierungschef des westdeutschen Teilstaates vorgreifen. Beim Brainstorming am 24. November hatte ich das Thema „Oder-Neiße“ zwar kurz angesprochen, aber es wurde im Hinblick auf die zu erwartende Reaktion Kohls gleich wieder fallen gelassen.

Am 12. Dezember machte Klaus Gotto, der im Bundeskanzleramt die für „Gesellschaftliche und politische Analysen“ zuständige Gruppe 51 leitete, Kohl den Vorschlag, „dass ein parlamentarischer Ausschuss im Gefolge der Entwicklung konföderativer Strukturen die polnische Westgrenze im Sinne der Bundestagsentschließung (vom 8. November 1989) bestätigen könne“, denn so lasse sich dieses Thema „als integrativer Bestandteil des 10-Punkte-Vorschlags“ bezeichnen. In abgewandelter Form wurde Gottos Idee Wirklichkeit, als am 21. Juni 1990 Bundestag und Volkskammer eine gemeinsame Erklärung zur polnischen Westgrenze verabschiedeten, die dann von beiden deutschen Regierungen notifiziert wurde.

Fünftens: Zum letzten Mal bekräftigte Kohl öffentlich das Dreistufenkonzept des Zehn-Punkte-Programms bei einer Rede in Bremen am 20. Januar 1990. Damals zeichnete sich immer deutlicher ab, dass die deutsche Einheit sehr viel schneller kommen werde als Ende 1989 erwartet. Noch am 19./20. Dezember 1989 hatten Kohl und Modrow in Dresden vereinbart, am 13. Februar 1990 in Bonn über die Ausgestaltung der „Vertragsgemeinschaft“ zu verhandeln. Doch daraus konnte nichts mehr werden. Der enorme Zustrom von Übersiedlern aus der DDR, die offenkundige Reformunwilligkeit der Regierung Modrow und die Vorverlegung der Volkskammerwahl auf den 18. März 1990 erhöhten den Druck, gleich aufs Ganze zu gehen. Mit Kohls Angebot einer innerdeutschen

Währungsunion und der Option der allermeisten DDR-Parteien (sicher mit Ausnahme der PDS) für eine Wiedervereinigung nach Artikel 23 Grundgesetz war die Philosophie der Zehn Punkte passé. Genauer gesagt: Die Zehn Punkte hatten ihren Zweck erfüllt.

Sechstens: Noch ein Wort zur Rolle des Arbeitsstabes Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt. Nach meinem Eindruck war das Problem etlicher deutschlandpolitischer Fachleute, dass sie im mentalen Bezugsrahmen des Grundlagenvertrages von 1972 gefangen waren. Mehr als anderthalb Jahrzehnte lang war er die Basis ihrer Tätigkeit gewesen. Diese mühselige, oft frustrierende Arbeit war hervorragend; sie hat zahlreichen Menschen, die unter der SED-Diktatur und der deutschen Teilung litten, entscheidend geholfen. Die Präambel des Grundlagenvertrages hielt ausdrücklich den Fundamentaldissens zwischen Bundesrepublik und DDR „zur nationalen Frage“ fest. Als es darum ging, an diesem „agreement to disagree“ zu rütteln, hatten es die außerhalb dieses mentalen Bezugsrahmens Stehenden einfach leichter: Sie brauchten über keinen Schatten zu springen. Aber auch sie sahen oft den Wald vor lauter Bäumen nicht – verglichen mit jenen ausländischen Beobachtern, die aus der Distanz den besseren Überblick hatten. Vernon Walters hat das in seinem Buch „Die Vereinigung war voraussehbar“ von 1994 sehr schön dargestellt.

Siebtens und *letztens* möchte ich noch auf eine kleine Ironie der Geschichte aufmerksam machen. Es war Hans Modrow, der zweimal ungewollt Lawinen lostrat, die ihn schließlich begruben. Mit seinem Vorschlag zur Schaffung einer innerdeutschen „Vertragsgemeinschaft“ setzte er eine wesentliche Ursache für die Entstehung des Zehn-Punkte-Programms. Und mit seinem Konzept „Deutschland, einig Vaterland“, das er nach Rückkehr aus Moskau am 1. Februar 1990 in Ost-Berlin vorstellte, löste er im Bundeskanzleramt fieberhafte Aktivitäten aus, die Kohl dazu veranlassten, am 6. Februar mit dem Angebot einer innerdeutschen Währungsunion vor die Öffentlichkeit zu treten.

Doch das ist eine andere Geschichte.

Forum Politicum Jenense

FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT

(Bezug gegen Einsendung der Herstellungskosten + Porto)

Beitrag Nr. 1:

Klaus Dicke: Der Krieg als Lehrmeister des Friedens?, Jena 1996

Beitrag Nr. 2:

Ingo Kolboom: Die Ära Mitterrand 1981 - 1995. Versuch einer Bilanz, Jena 1997

Beitrag Nr. 3:

Jörg Monar: Der Vertrag von Amsterdam. Grenzen und Risiken des intergouvernementalen Verfassungsgebungsprozesses der Europäischen Union, Jena 1998

Beitrag Nr. 4:

Hans Maier: Europa und die Kirchen

Werner Leich: Zum Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR. Hintergründe, Fakten, Erkenntnisse, Jena 1998

Beitrag Nr. 5:

Helmut Hubel: Moral, Realpolitik und transnationale Bindungen: Das trilaterale Verhältnis zwischen Deutschland, Israel und den USA, Jena 1998

Beitrag Nr. 6:

Karl Schmitt (Hrsg.): Kirchen und Politik in und nach der friedlichen Revolution, Jena 1999

Beitrag Nr. 7:

Helmut Hubel (Hrsg.): Quo vadis, Amerika? Beiträge zur Innen- und Außenpolitik der USA, Jena 1999

Beitrag Nr. 8:

Torsten Oppelland: Die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Jena 2000

Beitrag Nr. 9:

Michael Mertes: Zur Entstehung und Wirkung des Zehn-Punkte-Programms vom 28. November 1989. Ein Werkstattbericht, Jena 2001